

DAS THEMA

Dies ist ein von der CDU verursachtes Problem

In Anlehnung eines Liedes von PUR könnte man fragen: Wo sind all die vielen Lehrer hin? Dies ist nicht so einfach zu beantworten, hat eine lange Historie und keine einfachen Lösungen. Begonnen hat das Problem mit einem Urteil gegen die Teilzeitverbeamtung von Lehrern im Jahr 2008, welches den Thüringer Schulen auf einen Schlag mehr als 1.100 Lehrer zusätzlich erbracht hat, für Fachleute ca. 25.000 Lehrerwochenstunden.

Damit konnten die Schulen großzügig Projekte durchführen, kleine Klassen und Schulen konnten mit ausreichend Lehrern versorgt werden und damit notwendige Schulstrukturreformen herausgeschoben werden. Und de facto wurde über Jahre kaum ein Lehrer neu eingestellt, was den Altersdurchschnitt der Lehrer zu einem deutschlandweit höchsten Stand trieb.

Dies war ein von der CDU verursachtes Problem, da sie u.a. nicht auf die GEW gehört hat, die bei der Einführung der Verbeamtung von Lehrern schon darauf hingewiesen hatte, dass Beamte nicht in Teilzeit gezwungen werden können, wie alle anderen Beschäftigten übrigens auch.

Nun sind fast zehn Jahre ins Land gegangen, Strukturveränderungen hat es nicht gegeben, unter der letzten Regierung wurden deutlich weniger Lehrer eingestellt, als in den Ruhestand gegangen sind, es kamen immer neue Aufgaben an die Schulen, wie Inklusion und individuelle Förderungen, ohne dass es mehr Personal dafür gegeben hätte, so dass die heute im Dienst befindlichen Lehrer nicht nur mit durchschnittlich 53 Jahren die ältesten in Deutschland sind, sondern immer mehr Lehrer auf Grund ihres Alters und ihrer Belastung krankheitsbedingt nicht mehr vor der Klasse stehen. So waren an den allgemeinbildenden

MdL Torsten Wolf geht der Frage nach: Wo sind all die vielen Lehrer hin?

Schulen zum Schuljahresanfang 2016/17 insgesamt 568 Lehrer langzeitkrank, zum Ende des Schuljahres schon 804.

Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass wir über die letzten zehn Jahre deutliche Mängel in der Lehrerbildung haben. So sind das Regelschullehramt, die Lehrämter für Berufsbildner und für Sonderpädagogen offensichtlich für viele junge Menschen unattraktiv bzw., da sie ja vorher diese Schularten nicht kennengelernt haben,

Die Ausbildung eines Lehrers, bis er dem Schulsystem zur Verfügung steht, dauert aber nun einmal mindestens acht Jahre. Ein Dilemma! Durch die rot-rot-grüne Landesregierung wurden seit 2014 mehr Lehrer eingestellt, als in den Ruhestand gegangen sind,

Dass trotzdem immer mehr Unterricht ausfällt, liegt an den vielen kranken Lehrern und daran, dass wir nicht die Lehrer finden mit den richtigen Fachkombinationen. Dass uns diejenigen, die dies zu verantworten haben,

richtsausfall und Lehrermangel vorlegte. Die LINKE hat im Wahlkampf versprochen, wir wollen Thüringen „fair ändern“, und das ist auch Inhalt des Abschlussberichts der Kommission „Zukunft Schule“: bessere Bezahlung für Regelschullehrer, Gesundheitsmanagement, Vertretungsreserve und schulscharfes Vertretungsbudget, Mindestgrößen bei Klassen und Schulen, Verbesserungen in der Lehrerbildung.

Die Fraktion DIE LINKE hat mit den Koalitionspartnern in den Landtag einen Antrag „Zukunft im Bildungsbereich gestalten - Nachwuchs für gute Schule sichern“ eingebracht (s. unten), in dem wir unsere Schwerpunkte noch einmal präzisieren. Die Linksfraktion setzt im Doppelhaushalt 2018/19 genau hier den Schwerpunkt, die Ressourcen zur Unterrichtsabsicherung so auskömmlich wie möglich zu gestalten.

Die Unterrichtsgarantie wird Zwischenschritte brauchen. Aber Schüler, Eltern und Lehrer können sich auf DIE LINKE verlassen: wir arbeiten dran! ■

Rot-Rot-Grün legt Maßnahmenpaket vor

Um Personal im Schulbereich langfristig zu sichern und die Attraktivität des Lehrberufs zu erhöhen, haben die Koalitionsfraktionen ein Maßnahmenpaket in den Landtag eingebracht.

Es geht u.a. um eine Weiterentwicklung des Personalentwicklungskonzepts Schule von 2013, um eine Werbekampagne für den Schuldienst in Thüringen, um eine verbesserte Studienberatung für Lehramtsstudierende, um die Einführung eines Landesstipendiums für Lehramtsstudierende in Mangelfächern, um verbesserte Karrierechancen von Lehrerinnen und Lehrern durch eine Novellierung des Besoldungsgesetzes, um ein Seiteneinsteigerprogramm, um die Einführung eines Schulbudgets, um den Unterricht besser absichern zu können.

Dazu erklärte MdL Torsten Wolf: „Nachdem die Reformkommission Schule im Auftrag des Ministerpräsidenten wichtige und zukunftsweisende Vorschläge zur Erreichung einer Unterrichtsgarantie unterbreitet hat, legen die Koalitionsfraktionen erste Maßnahmen zur Verbesserung im Lehrberuf vor. Neben der Erhöhung der Bezahlung von Regelschullehrern und einem Schulbudget geht es vor allem um die Sicherung des zukünftigen Lehrkräftebedarfs u.a. durch gezielte Werbemaßnahmen im Bereich Regelschullehramt und berufsbildende Lehrämter, um mehr Autonomie für die einzelnen Schulen und Entbürokratisierung im Schulalltag. Damit können wichtige Schritte für Gute Schule und eine Unterrichtsabsicherung gegangen werden, die in den anstehenden Haushaltsverhandlungen noch finanziell abgesichert werden müssen.“ ■



nicht von Interesse. Auch studieren viel zu wenige in den Bereichen Naturwissenschaft, Sprachen, Musik oder Kunst. Die vielen ausgebildeten Sozialkunde- und Geschichtslehrer beschwerten sich dann in der Presse, dass sie in Thüringen keine Anstellung finden, weil die Landesregierung natürlich nach dem Bedarf der Stundentafel einstellt.

heute kritisieren, ist an Verlogenheit kaum zu überbieten. Deswegen ist es richtig, dass der Ministerpräsident eine Kommission unter Leitung des Interims-Bildungsministers Prof. Benjamin Hoff, den ich für seine hervorragende Arbeit im Bildungsministerium ausdrücklich danke, eingesetzt hatte, die wirksame Vorschläge gegen den Unter-

Beitragsfreies letztes Jahr im Kindergarten

In der Anhörung zum neuen Thüringer Kindertagesstättengesetz (KitaG) am 23. August im Landtag haben Anzuhörende ihre Expertise zum Gesetzesvorschlag der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Dafür hat die Linksfraktion den Anzuhörenden ihren Dank gesagt. Kernstück des neuen Gesetzes ist die Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr.

Die LINKE geht zusammen mit den Koalitionspartnern SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den ersten Schritt in Richtung einer kompletten Beitragsfreiheit für die frühkindlichen Bildungseinrichtungen. „Ein guter Tag für die Familien in Thüringen!“, resümierte der Bildungspolitiker Torsten Wolf. „Zusätzlich sichern wir ab, dass die Kommunen und freien Träger die Kosten durch die steigenden Kinderzahlen bewältigen und die Eltern sich darauf verlassen können, dass alle Kinder zwischen 1 und 6 gemäß Rechtsanspruch

einen Kita-Platz in Thüringen erhalten. Allein hierfür müssen zwischen 20 und 25 Millionen Euro mehr in den Haushalt eingestellt werden, da wir zwischen 2015 und 2018 mit etwa 5.000 Kindern zusätzlich rechnen. Dies wurde in der Anhörung durch den Gemeinde- und Städtebund unterstützt.

Die LINKE schließt sich der in der Anhörung geäußerten Einschätzung des Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes an, dass wir in Thüringen über eine sehr gute Qualität in der Kindertagesbetreuung verfügen. Die Anzuhörenden und die politischen Parteien sind sich bewusst, dass die weiter anhaltende Zunahme der Kinderzahl in den Thüringer Kindereinrichtungen erhebliche Anstrengungen kosten wird, um dafür die räumlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen. Zusätzlich dazu sollen und müssen bestehende Möglichkeiten für die Stabilisierung und den Ausbau der Qualität genutzt werden. DIE LINKE spricht sich

dafür aus, den von Seiten der Träger in der Anhörung vorgeschlagenen Stufenplan eines planmäßigen Qualitätsausbaus weiter zu diskutieren und hierzu bereits erste Schritte im Gesetz zu fixieren - im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.“

Änderungsbedarf sieht DIE LINKE bei der Vergütung der Kindertagespflegerpersonen, um den Beschäftigten dauerhaft einen angemessenen Beschäftigungsumfang zu gewähren sowie eine von den Gewerkschaften vorgeschlagene grundgesetzkonforme Tarifrückauszahlung umzusetzen.

Die Koalitionsfraktionen werden in den nächsten Wochen intensiv beraten, welche Schritte unter Wahrung des Fachkräftegebots, wie von der Liga vorgeschlagen, bis 2022 gegangen werden können, um den Leitungsschlüssel, den Personalschlüssel und die Qualität in der Fachberatung weiter zu verbessern. ■